

Politische Konjunkturanalyse
Mai 2018



Inhalt

Vorwort.....	1
Das Land steht still.....	2
Wahlkampf.....	3
Die Brasiliensolidarität in Deutschland.....	4
Eskalation des Landkonflikts in Brasilien.....	5
Deutsche Konzerne in Brasilien – Kritische Aktionäre fragen auf Hauptversammlungen nach.....	7
Gewaltspirale: Der »Krieg« in unserer Mitte.....	11

Vorwort

Seit unserer letzten politischen Konjunkturanalyse im Juli 2017 spitzt sich die politische Lage immer weiter zu. Anfang dieses Jahres wurde eine Militärintervention in Rio de Janeiro angeordnet, die PSOL-Stadträtin Marielle Franco in Rio de Janeiro auf offener Straße exekutiert, der populärste Präsidentschaftskandidat und ex-Präsident Lula sitzt im Gefängnis und ein Streik des Transportsektors legt gerade das ganze Land lahm und zwingt dadurch den Chef von Petrobras zum Rücktritt.

In diesem Dossier zur politischen Konjunkturanalyse werden wir all diese Themen aufgreifen. Allerdings ist es insgesamt sehr schwer abzuschätzen wie sich das Land politisch entwickeln wird. Insbesondere im Hinblick auf die im Oktober angesetzten Wahlen lassen sich derzeit nur schwer Vorhersagen treffen.

Titelbild: Ato em defesa da Petrobras, contra a intervenção militar e o aumento do preço dos combustíveis • 28/05/2018 • São Paulo (SP) Mídia NINJA (CC-BY-NC)

Quelle: <https://www.flickr.com/photos/midianinja/42372933942/in/album-72157691601229290/>

Das Land steht still

Am 21. Mai begannen die Fernfahrer*innen nach einem erneuten Anstieg des Dieselpreises landesweit die Straßen zu sperren. Insbesondere Öl-Raffinerien waren Ziel des Protestes.

Schon nach wenigen Tagen mussten Tankstellen schließen weil sie keine Vorräte mehr hatten, Supermarkt Regale leerten sich und der Verkehr ging merklich zurück. Eine zwischenzeitlich zwischen den Verhandlungsführer*innen ausgehandelter Kompromiss wurde von der Basis nicht akzeptiert und der Streik fortgesetzt. Die Regierung entsandte Militäreinheiten um die Polizei bei der Räumung der Barrikaden zu unterstützen. Der Streik hat, im Gegensatz zum aktuellen Präsidenten, eine enorme Zustimmung und das obwohl sie das öffentliche Leben in vielerlei Hinsicht behindert.

Dieser Streik war ein gemeinsamer Streik von LKW-Fahrer*innen und den Arbeitgeber*innen der Transportbranche. Für den 30. Mai riefen auch die Arbeiter*innen der staatlichen Ölgesellschaft Petrobras zum Protest und forderten die Entlassung ihres CEO Pedro Parente. Dieser trat dann am Freitag tatsächlich zurück. Allerdings nicht aufgrund der Forderung seiner Mitarbeiter*innen. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass der staatliche Eingriff bei der Preisgestaltung von Petrobras eine rote Linie für den marktliberalen Reformier war und er deshalb seinen Posten aufgab. Die Regierung Temers schien allerdings von dem Schritt überrascht worden zu sein. Die Aktien von Petrobras verloren nach der Bekanntgabe des Rücktritts von Pedro Parente 12 Milliarden Dollar bzw. 13 % an Wert.¹

Die Rücknahme der Preiserhöhung kostet den Staat 13,5 Milliarden Reals über die nächsten 60 Tage. Dieses Geld muss irgendwo eingespart werden. Betroffen von den Kürzungen ist das *sistema unica de saude* (SUS), Programme zur Förderung der Agrarökologie und Programme zur Jugendbildung.

Es wäre durchaus eine Überlegung wert den Dieselmotoren in Brasilien in gewissem Maße zu subventionieren, denn in Brasilien gibt es praktisch keine Privat-Diesel-PKW. Mit Diesel fahren in Brasilien beinahe ausschließlich LKW oder Busse. Durch eine Subventionierung der Dieselmotoren würde der Individualverkehr weiterhin belastet aber Busverkehr würde begünstigt. Aus Umwelt und sozialen Aspekten eine sicherlich begrüßenswerte Maßnahme. Die Entlastungen des Transportsektor würden sich schlussendlich ebenfalls in niedrigeren Preisen im Einzelhandel führen.

¹ <https://www.reuters.com/article/us-petrobras-parente-resignation/petrobras-ceo-resigns-after-brazil-fuel-intervention-shares-plunge-idUSKCN1IX53L>

Wahlkampf

Einen Militärputsch sehen die KoBra Vorstandsmitglieder in der aktuellen Situation das Land nicht heranziehen, weil niemand das Land in diesem Zustand übernehmen will. Die Militärs haben aber trotz allem in den letzten Monaten ihren Einfluss auf die Politik ausgeweitet.

Die Zustimmung für Lula ist trotz seiner Inhaftierung ungebrochen (ca. 30 %). An zweiter Stelle wird weiterhin Jair Bolsonaro gehandelt (20 %).

Zwischen 15. August und 15. September wird das Wahlgericht entscheiden ob Lula zur Wahl zugelassen wird. Es wird sogar für möglich gehalten, dass Lula auf dem Wahlzettel steht und die Stimmen aber am Ende nicht zählen. Wenn Lula nicht kandidieren darf wird die PT die Legitimität der Wahl angreifen. Zentral ist dabei das Argument, dass die Justiz in Brasilien nicht mehr unabhängig urteilt sondern politisch urteilt. Bisher will die PT die Kandidatur Lulas durchsetzen – ob sie bei dieser Position bleibt wird sich zeigen.

Die meisten Beobachter gehen davon aus, dass Lulas Kandidatur vom obersten Wahlgericht nicht zugelassen wird. Nichtsdestotrotz wird Lulas Verhalten entscheidend sein für diese Wahl – also falls er einen Stellvertreter ernannt wird auch das entscheidend in das Ergebnis eingreifen. Wie weit der Einfluss einer Wahlempfehlung durch Lula reichen wird ist allerdings nicht absehbar. Innerhalb der PT gibt es einen großen Druck, dass im Fall einer nicht Zulassung der Kandidatur von Lula, ein Ersatzkandidat aufgestellt wird. Es kann auch zu einer Koalition mit Ciro Gomez (PDT) aus Fortaleza kommen. Der ehemalige Außenminister, Celso Amorim ist derzeit der aussichtsreichste Ersatzkandidat für Lula. Der ehemalige Gouverneur von São Paulo Haddad ist mittlerweile aus dem Rennen, weil er nicht das Vertrauen Lulas hat.

Für die PSDB ist die Wahl ohne Lula die letzte große Chance mit ihrem Kandidaten Alckmar die Wahl zu gewinnen. Wenn er es in den zweiten Durchgang schafft könnte er gegen Bolsonaro gewinnen. Bolsonaro versucht gerade sein politisches Spektrum über den Law and Order Diskurse hinaus zu erweitern.

Einige Beobachter der brasilianischen Politik halten es außerdem für möglich, dass der aktuelle Präsident Temer die Unterstützung im Parlament verliert und dann der Präsident des Abgeordnetenhauses Rodrigo Maia die Amtsgeschäfte übernimmt. Dieser könnte dann die Wahlen verschieben mit der Begründung, dass sich Brasilien in einer verfassungsrechtlichen Krise befinde die im Moment keine Wahlen zulasse. Möglich wäre auch eine neue verfassungsgebende Versammlung die von einer 2/3 Mehrheit der Abgeordneten einberufen werden könnte.

Insgesamt ist zu beobachten, dass linke Diskurse werden marginalisiert und kriminalisiert werden wodurch die rechten Diskurse salonfähig werden. Nur vier 4 Monate vor den Wahlen sind wir in einem sehr unübersichtlichen Szenario und niemand kann wirklich abschätzen was passieren wird. Auch das Auswärtige Amt warte im Prinzip bis die Wahlen vorbei sind und hofft danach wieder Ansprechpartner in Brasilien zu haben.

Die Brasiliensolidarität in Deutschland

Zwischen dem 13.-15. April 2018 trafen sich 60 Vertreter*innen der Brasiliensolidarität und andere Interessierte zu einem informativen Austausch und regen Diskussionen im Allerweltshaus in Köln. Über drei Tage fanden Vorträge und Workshops rund um den Themenblock Agrobusiness sowie die Macht der Medien und die aktuelle politische Situation in Brasilien statt. Am Ende der Tagung wurde die Stellungnahme zur drohenden Demontage der Demokratie in Brasilien von der Kooperation Brasilien e.V. vorgestellt, der sich seitdem zahlreichen Organisationen und Einzelpersonen angeschlossen haben.²

Als thematischer Einstieg wurde die neue Macht des Agrobusiness aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Auf dem Podium diskutierten Matheus Gringo de Assunção von der brasilianischen Landlosenbewegung MST und die beiden Promovierenden Ana Alvarenga de Castro und Mario Schenk über die praktischen Auswirkungen der Agrarpolitik auf Frauen, Landlose und kleinbäuerliche Strukturen.

Am Samstagvormittag fanden parallel zwei interaktive Arbeitsgruppen statt. Unter dem Titel „Monokulturen: Zusammenhänge zwischen Agrobusiness und Medienkonzentration in Brasilien“ präsentierten die Medienaktivist*innen Camila Nobrega (Intervezes) und Nils Brock (NPLA) Zahlen und Fakten zur Verflechtung der großbetrieblichen Landwirtschaft mit der Politik und Medienlandschaft. Die andere Arbeitsgruppe befasste sich unter Anleitung von Mario Schenk mit den Aktivitäten staatlicher Akteure in Landkonflikten. Nach den Arbeitsgruppen wurden die Ergebnisse für alle zusammengefasst.

Anschließend beteiligten sich die Teilnehmenden an der internationalen Kampagne „Amanhecer por Marielle“ sowie an der Solidaritätsbekundung mit dem in Gefangenschaft sitzenden Ex-Präsidenten Brasiliens („Lula Livre“) mit einer Fotoaktion.

Parallel zu den Arbeitsgruppen wurde eine Stellungnahme erarbeitet, die in der Mitgliederversammlung der Kooperation Brasilien e. V. verabschiedet wurde und Einzelpersonen sowie Organisationen zur Unterzeichnung auf unserer Website bereit steht. Nach einem langen und erfolgreichen Seminartag, ließen die Teilnehmer*innen den Samstag bei selbstgemachter Feijoada ausklingen und schwangen die Hüften zu brasilianischer Musik.

Zum Abschluss der Tagung berichteten Uta Grunert und Thomas Fatheuer von ihren Erfahrungen auf dem Weltsozialforum, das im März in Salvador da Bahia stattfand und spannten den Bogen zur aktuellen politischen Lage im Land. Besonders der Militäreinsatz in Rio de Janeiro und die Gewalt am schwarzen Teil der Bevölkerung wurde von vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aufgebracht diskutiert.

Ein Audio-Bericht, Aufnahmen von den Podien sowie Protokolle der einzelnen Workshops und Podien sind auf der KoBra Website abrufbar unter:
<https://www.kooperation-brasilien.org/l/00164>

² <https://www.kooperation-brasilien.org/de/mitmachen/eilaktionen/stellungnahme-kobra-demokratie-in-brasilien-in-gefahr>

Eskalation des Landkonflikts in Brasilien

Ende November 2017 reiste eine Delegation brasilianischer Politiker*innen auf Einladung des Syngenta-Konzerns in die Schweiz um sich die Entwicklungslabore für neue Pestizide zeigen zu lassen und sich mit schweizer Entscheidungsträger*inne zu treffen. Die Reise wurde von den schweizer Behörden unterstützt die sich von dieser Reise Handelsvorteile des in Basel ansässigen Syngenta Konzerns erhofften.³

Mitglieder Delegation war unter anderen Luis Antonio Franciscatto Covatti bekannt als „Covatti Filho“ ebenfalls Mitglied der (PP) und Abgeordneter in Rio Grande do Sul. Er hat den Gesetzesvorschlag 3.200/2015 eingebracht der den Umgang und die Zulassung von Agrarprodukten (nicht Erzeugnisse) vereinfachen soll.⁴ Die Landlosenbewegung MST sieht in dem Gesetzesvorschlag einen Versuch die Gefahren von Agrochemikalien zu verschleiern und die Zulassung neuer Produkte zu vereinfachen indem weniger Studien zur Unbedenklichkeit vorgeschrieben werden.⁵

Ein weiteres Mitglied der Delegation war Ana Amélia Lemos (PP) Journalistin und Senatorin für den Bundesstaat Rio Grande do Sul. Die Senatorin lobte ausdrücklich die „echten Gauchos mit ihren schwingenden Peitschen“ die am 22. März im Süden des Landes Aktivisten der Landlosenbewegung (Movimento dos Sem Terra, MST) mit einer Lederpeitsche geißelten. Die Aktivist*innen der MST warteten auf die Fahrzeugkolonne von Expräsident Luiz Inácio Lula da Silva.⁶

Die Aktivist*innen die an der Karawane des ex-Präsidenten Lula vor seiner Inhaftierung teilnahmen sahen sich zahlreichen Straßenblockaden gegenüber die bewaffnete Milizen errichtet hatten. In der südbrasilianischen Stadt Curitiba wurden zwei seiner Unterstützer angeschossen, einer von ihnen wurde von einer Kugel im Nacken getroffen und liegt seitdem schwerverletzt im Krankenhaus. Die polizeilichen Ermittlungen zu den Schüssen auf Lulas Wahlkampfkonvoi vom 27. März haben ergeben, dass die Schützen von Leandro Bonottos Fazenda kamen. Der Großgrundbesitzer kämpft seit den 1990er Jahren hartnäckig gegen das MST und die Landumverteilungen der staatlichen Siedlungs- und Agrarreformbehörde (Instituto Nacional de Colonização e Reforma Agrária, Incra).

Auch abseits des Wahlkampfs verhärten sich die Fronten insbesondere in Agrarkonflikten deutlich. Spätestens seit dem Massaker an zehn Mitgliedern der (Liga dos Camponeses Pobres, LCP) am 24. Mai 2017 in Pau d'Arco, Pará ist diese Verschärfung evident. Die Bauern wurden von 29 Polizisten zunächst gefoltert und dann hingerichtet wie ein Gericht in Pau d'Arco kürzlich feststellte. Am 27. März wurde in Pará der Pfarrer José Amaro festgenommen. Er kämpft seit Jahrzehnten für die Rechte der Landlosen und war die rechte Hand der 2005 im Auftrag von Großgrundbesitzen ermordeten Schwester Dorothy. Ihm werden von genau den Leuten absurde Vorwürfe wie Geldwäsche, sexuelle Belästigung und Aufruf zu Straftaten gemacht, die er seit Jahrzehnten illegaler Machenschaften zu überführen versucht.⁷

3 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/syngenta-macht-hinter-den-kulissen-druck-gegen-brasiliens-paraquat-verbot>

4 https://www.agrolink.com.br/culturas/milho/noticia/covatti-filho-apresenta-projeto-de-lei--sobre-defensivos-agricolas_223942.html

5 <http://www.mst.org.br/2016/05/05/agrotoxicos-mais-um-projeto-polemico-na-camara.html>

6 <https://monde-diplomatique.de/artikel/%215497864>

7 <http://brasil.agenciapulsar.org/mais/politica/brasil-mais/no-para-padre-que-atua-em-defesa-dos-direitos-humanos-e-presos/>

Die Verflechtungen zwischen den lokalen Eliten und der Justiz trifft nicht nur die Besetzer*innen der Landlosenbewegung MST – auch die *retomadas* (Rückeroberungen) von indigenem Land zum Beispiel durch die Guarani-Kaiowa werden von lokalen Gerichten all zu oft vom Tisch gewischt oder die Verfahren endlos verschleppt.⁸

Zur weiteren Eskalation der Landkonflikte werden zwei Gesetzesprojekte beitragen die von der Bancada ruralista – der Fraktion der Großgrundbesitzer*innen – im Parlament eingebracht wurden. Einerseits schlagen sie vor Landbesitzern die Erlaubnis zu erteilen Waffen zu tragen und fordern andererseits, dass die Landlosenbewegung MST und andere soziale Bewegungen die sich für eine Landreform einsetzen als terroristische Organisationen eingestuft werden um sie härter bestrafen zu können und auch schon im Vorfeld von geplanten Taten gegen die Bewegung vorzugehen. Da die Fraktion der Großgrundbesitzer*innen über 235 von 513 Abgeordnete im Parlament sowie 27 von 81 Senatoren verfügt werden den Gesetzesvorschlägen gute Chancen eingeräumt.

Außerdem wurden von der Fraktion Untersuchungsausschüsse eingerichtet, die die Arbeit der Indigenenbehörde FUNAI und des Institus für die Landreform INCRA untersuchen sollen. Die Politiker*innen werfen Ethnologen, NGOs, Angestellten der Behörden und Richtern vor bei der Markierung von indigenem Land betrogen zu haben.

Die Anzahl der Brasilianer*innen in extremer Armut stieg von 2016 auf 2017 um 11 % auf 14,83 Millionen. Knapp 4 Millionen Bauern und Bäuerinnen haben kein eigenes Land um es zu bewirtschaften. Gleichzeitig gibt es aber 175 Millionen Hektar ungenutztes Land. Solange diese absurden Zustände weiterhin Bestand haben werden sich die Landkonflikte weiterhin radikalieren.⁹

8 Siehe dazu: Bley Folly, Felipe und Castañeda Flores, Angélica : Der Kampf der Guarani und Kaiowa Brasiliens. Vom Widerstand vor Ort bis zur internationalen Solidarität, in: *Brasilicum* 246/247, 2017.

9 Aos cuidados dos proprietários de terra, LMD: Edição – 130, <https://diplomatie.org.br/aos-cuidados-dos-proprietarios-de-terra/>

Deutsche Konzerne in Brasilien – Kritische Aktionäre fragen auf Hauptversammlungen nach

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre ist ein Zusammenschluss von 26 Einzelorganisationen in Deutschland, die sich gegen Rüstungsproduktion, Umweltzerstörung, die Nutzung der Atomenergie, unsoziale Arbeitsbedingungen und für mehr Nachhaltigkeit bei großen börsennotierten Unternehmen einsetzen. Etwa 1.200 Aktieninhaber*innen haben dem Dachverband ihre Stimmrechte übertragen und unterstützen damit seine Ziele. Dank dieser Aktien können Aktivist*innen im Auftrag des Dachverbands bei den Hauptversammlungen ihre Kritik an der Firmenpolitik im höchsten Entscheidungsgremium des Konzerns vortragen. Schlussendlich sind es nämlich die Aktionäre und Aktionärinnen, die den Vorstand sowie den Aufsichtsrat entlasten.

Bereits Mitte Januar bekamen die Hauptversammlungen von Thyssen Krupp und Siemens Besuch von den Kritischen Aktionären. Im Februar 2017 verkaufte Thyssen Krupp nach zahlreichen provisorisch erteilten Betriebsgenehmigungen das Stahlwerk im Bundesstaat Rio de Janeiro an das argentinische Unternehmen Ternium, das seinen Sitz in der Steueroase Luxemburg hat. Damit wollte der Stahlkonzern das umstrittene Projekt loswerden. Die moralische Verantwortung für die Umweltbelastungen, die das Werk über die vergangenen Jahre ausgelöst hat, können sich die Verantwortlichen nicht entledigen. Allerdings eröffnete der Buchautor¹⁰ Christian Russau in seiner Rede den Anleger*innen, dass bei der derzeit laufenden verfassungsrechtlichen Überprüfung von in der Vergangenheit gewährten steuerlichen Vergünstigungen für Thyssen Krupp CSA eine Risikoteilung mit dem neuen Eigentümer vereinbart wurde.¹¹ Falls also herauskommt, dass der damalige Gouverneur von Rio de Janeiro, Sérgio Cabral, dem Unternehmen unrechtmäßige Steuererleichterungen gewährt hat, müssten auch die Essener Geld nachschießen. Sérgio Cabral wurde übrigens zwischenzeitlich in anderen Verfahren zu 87 Jahren Haft wegen Korruption und Schmiergeldern, krimineller Bandenbildung sowie Veruntreuung im Amt verurteilt.

Ende Januar stand dann die Hauptversammlung Siemens an. Der Ableger „Siemens Brasilien“ hat sich dort nach Anti-Korruptionsermittlungen selbst angezeigt. Grund für die Ermittlungen war die Vergabe öffentlicher Aufträge für Öffentlichen Nahverkehr in São Paulo: Bei dem „U-Bahn-Kartell“ ging es um Aufträge in Höhe von umgerechnet bis zu 130 Millionen Euro, bei denen die am Kartell beteiligten Firmen einen Aufpreis von 30 Prozent vereinbarten.

Von den beteiligten Unternehmen Siemens Brasilien, Alstom Brasilien und Bombardier Brasilien fordert die Staatsanwaltschaft Entschädigungszahlungen in Millionenhöhe. Im konkreten Fall von Siemens Brasilien fordert der zuständige Staatsanwalt Dr. Marcelo Milani sogar die Auflösung des Unternehmens wegen wiederholt kriminellen Verhaltens.¹²

Der zur fraglichen Zeit verantwortliche Direktor von Siemens Brasilien, Adilson Primo, wurde vom Mutterkonzern in Deutschland seines Postens in Brasilien enthoben und entlassen, da im Zuge von internen Siemens-Ermittlungen festgestellt worden war, dass er und zwei weitere Siemens -

10 Christian Russau: Abstauben in Brasilien. Deutsche Konzerne im Zwielficht
<https://www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/abstauben-in-brasilien/>

11 Rede Christian Russau, Vorstandsmitglied des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Hauptversammlung der Thyssenkrupp AG am 19. Januar 2018 in Bochum
https://www.kritischeaktionaere.de/fileadmin/Dokumente/ThyssenKrupp/Thyssenkrupp_2018/Rede_Christian_Russau_Thyssenkrupp-HV-2018.pdf

12 „Siemens ist in Brasilien illegal tätig und muss deshalb aufgelöst werden“
<https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/201esiemens-ist-in-brasilien-illegal-taetig-und-muss-deshalb-aufgeloest-werden201c>

Mitarbeiter über ein geheimes Bankkonto in Luxemburg mit sieben Millionen Euro verfügten. Die Ergebnisse dieser internen Ermittlungen wurden aber trotz mehrfacher Nachfrage nie mit den brasilianischen Behörden geteilt.

Im Mai standen dann vier weitere Hauptversammlungen von Konzernen mit Brasilienbezug an.

Zuerst wurde dem Vorstand von Volkswagen zum wiederholten Male der Vorwurf gemacht, in den 1970er Jahren mit den Repressionsorganen der brasilianischen Militärdiktatur kooperiert zu haben. Christian Russau schloss seine Rede mit dem Vorwurf der Beihilfe zur Folter seitens VW: „Wenn also dem damaligen Vorstand von VW do Brasil vollumfänglich bekannt war, dass Brasiliens Regime foltern und morden ließ, musste ihnen auch klar gewesen sein, was mit den Menschen passierte, nachdem VW do Brasil Informationen über diese Personen an das Folterregime weitergab. [...] Somit trägt Volkswagen die volle Mitverantwortung dafür, dass seine VW do Brasil-Vorstände in São Paulo durch die Informationsweitergabe über eigene Mitarbeiter an das Folterregime wissentlich und billigend in Kauf genommen haben, dass sein ihm weisungsgebunden unterstellter Werkschutz Menschen direkt der Folter ausgeliefert hat. Wie dieses Vorgehen von Volkswagen nicht als vorsätzliche und wissentliche Beihilfe zur Folter gewertet werden kann und VW weiterhin von einer Einzeltäterthese ausgeht, erschließt sich uns Kritischen Aktionärinnen und Aktionären in der Tat nicht.“¹³

Im Vorfeld der Hauptversammlung der Deutschen Bank wurde eine öffentliche Veranstaltung und ein Treffen mit Politikern in Berlin organisiert¹⁴. Dort erklärten Joceli Andrioli von der brasilianischen Bewegung der Staudambetroffenen - MAB und die direkt Betroffene María José Horta Carneiro Silva von den Auswirkungen des Dammbrochs in Mariana vom 05.11.2015. Zwischen 2010 und 2017 stellte die Deutsche Bank der brasilianischen Vale 701 Millionen Euro und der anglo-australischen BHP Billiton 622 Millionen Euro an Krediten und Anleihen zur Verfügung. Außerdem hält die Deutsche Bank Aktien an den beiden Unternehmen in Höhe von 283 Millionen Euro. Die beiden Unternehmen sind jeweils 50 %ige Anteilseigner der für den Damm verantwortlichen Firma Samarco. Die angereisten Gäste warfen dem Unternehmen vor, den Dammbroch billigend in Kauf genommen zu haben. In Folge des Dammbrochs sind 19 Menschen gestorben und eine schwangere Frau verlor ihr Kind, als sie von der Schlammlawine erfasst wurde. Außerdem wurden 580 km Flusslauf sowie 200 km Atlantik Küste verschmutzt. Die Folgeschäden für die Landwirtschaft, den Fischfang und die Trinkwasserversorgung der Region sind auch 2,5 Jahre nach dem Dammbroch nur schwer zu beziffern.

Wichtig zu erwähnen ist die Rolle, die die internationalen Finanzinstitute zum Schutze der Menschenrechte haben, wie es der Hochkommissar für Menschenrechte, Zeid Ra'ad Al Hussein, definiert. Daraus müsste eigentlich die Einsicht folgen, dass die Deutsche Bank ihre Anlage- und Kreditpolitik einer genauen Überprüfung unterzieht, um dergestalt sicherzustellen, dass Menschenrechtsklauseln greifen und dass interne Mechanismen geschaffen werden, die eine Identifizierung von Risiken in diesen Bereichen ermöglichen.

Das internationale Netzwerk der von der Firma Vale Betroffenen (Articulação Internacional dos Atingidos e Atingidas pela Vale) hat extra für die Hauptversammlung der Deutschen Bank einen Protestbrief verfasst, den die kritischen Aktionäre in ihrem Namen auf der Aktionärsversammlung

13 VW und die Militärdiktatur: Einzeltäterthese hanebüchen
<https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/vw-und-die-militaerdiktatur-einzeltaeterthese-hanebuechen>

14 Schlamm drüber? Kampf um Gerechtigkeit am Rio Doce in Brasilien
<https://www.kooperation-brasilien.org/l/00184>

vortragen sollten. Das Netzwerk war am 13. April bereits zum siebten Male bei der Hauptversammlung der Firma Vale in Rio de Janeiro und hat dort dem Konzern die Leviten gelesen. In Frankfurt nun sollte auch noch einmal im Namen des Netzwerks gegen Vale protestiert werden. In dem verlesenen Brief beklagt das Netzwerk die fehlenden Ausgleichs- und Entschädigungsmaßnahmen für die von der Nickelmine Onça Puma betroffenen Indigenen Xikrin und Kayapó in Pará. Außerdem brachten sie die tödlichen Unfälle an der von Vale betriebenen Estrada de Ferro Carajás (EFC) sowie das Auffinden von illegal geschlagenem Tropenholz auf den Vale-Baustellen auf die Tagesordnung.

Als drittes stand die Hauptversammlung der Fraport AG an. Fraport Brasil hat zum 2.1.2018 den Betrieb des brasilianischen Flughafens „Salgado Filho“ in Porto Alegre für die Dauer von mindestens 25 Jahren übernommen. Die 100%ige Fraport-Tochter droht 2.100 Familien der angrenzenden Vila Nazaré wegen der geplanten Landebahnerweiterung mit Zwangsumsiedlung. Die Bewohner*innen lehnen diese strikt ab und werfen Fraport und der Lokalregierung vor, in einem Klima von Drohungen und Einschüchterungen die Rechte der dort lebenden Arbeiterfamilien zu missachten und eine miserable Informationspolitik zu verfolgen.

Die lokale Verwaltung stellt zunächst die öffentlichen Dienste ein: keine Asphaltierungen von Straßen mehr und die Schulen sowie staatliche Gesundheitsposten wurden geschlossen. Wer es wagt, das Wort zu erheben und zu widersprechen, wird durch die Militärpolizei eingeschüchtert. Die Bewohner*innen berichten von täglichem Polizeiterror in der Gemeinde; aus Polizeiwagen schauen verummte Polizisten heraus und machen die Gestik des Auf-die-Kinder-Schießens, so die uns vorliegenden Erfahrungsberichte aus der Vila Nazaré. Bewohner*innen wurden von Polizisten verprügelt und es soll zu Fällen von Folter durch die Polizei gekommen sein. Wenn also solche Polizisten die Interviewer der von Fraport Brasil beauftragten Firma Itazi zur Befragung der Bewohner*innen begleiten, so wird klar, wieso die Menschen eingeschüchtert sind.

Bei der Fraport AG handelt es sich nicht um irgendeine Aktiengesellschaft im privaten Streubesitz. Dieser Fall ist gerade pikant, weil sich die Mehrheit der Aktien in öffentlicher Hand befindet. Die Stadt Frankfurt sowie das Land Hessen können gemeinsam die Politik des Unternehmens mitbestimmen. Die Fraport AG wird mehrheitlich vom Land Hessen (31,32 Prozent), der Stadt Frankfurt (20 Prozent) und der Lufthansa (8,45 Prozent) kontrolliert. Damit entscheiden am Ende auch deutsche Lokal- bzw. Landespolitiker*innen für die Vertreibung der 2.100 Familien in der Vila Nazaré.

Am 25. Mai stand die Hauptversammlung der BAYER AG an. Der Pharma-Konzern ist gerade dabei, Monsanto zu übernehmen und sich damit im internationalen Saatgut und Pestizidmarkt neu zu positionieren. Die Übernahme wird als Konsequenz aus der weltweiten Machtkonzentration in dieser Branche eingeschätzt, die spätestens mit der Fusion von Dow Chemical und Dupont 2015 eingeläutet wurde und mit der Übernahme von Syngenta durch ChemChina einen weiteren Schritt gemacht hat. Sowohl im Saatgut als auch im Pestizidbereich kommt es durch diese Konzernfusionen zu massiven Monopolstellungen¹⁵, die sich insbesondere auf den Agrarmarkt in Brasilien auswirken werden, denn wie Verena Glass schon bei der letztjährigen Hauptversammlung feststellte, ist „Brasilien im achten Jahr in Folge Weltmeister im Verbrauch von Agrargiften... Es ist vor allem der Verbrauch von Herbiziden, der sich mit der Hegemonie der GMO-Pflanzen

15 Agropoly Broschüre:

<https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/broschuere-agropoly-weltagrhandel-2014.pdf>

Seite. 10 & 12 (Stand 2014)

verdreifacht hat.“¹⁶ Diese Gentechnisch Modifizierten Organismen (GMO) stehen in der Regel unter Patentschutz, der nach diesen Fusionen ebenfalls bei nur wenigen Konzernen konzentriert ist. Genau diese Kritik brachte diese Jahr auch der extra aus Brasilien angereiste Alan Tygel von der ‘Permanenten Kampagne gegen Agrargifte und für das Leben’ („Campanha Permanente Contra os Agrotóxicos e Pela Vida!“) bei Bayer zur Sprache.

Und dann steht für voraussichtlich zwischen Juni und August die Hauptversammlung von „Deutschlands tödlichstem Konzern“, wie der Rüstungskritiker Jürgen Grässlin die Waffenschmiede von Heckler&Koch immer titulierte. Dieses Jahr wird auch dort ein Brasilien-Thema von den Kritiker*innen aufs Podium der offenen Aussprache gehievt: Denn vor Kurzem wurde bekannt, dass die Lokalpolitikerin aus Rio, Marielle Franco, im März mit einer MP5 von Heckler&Koch aus dem Schwarzwald exekutiert¹⁷ wurde.

Lesetipp:

Mit deutschen Konzernen in Brasilien beschäftigt sich das Buch „Abstauben in Brasilien“, das 2016 im VSA erschienen ist. Der Autor Christian Russau ist Vorstandsmitglied bei den Kritischen Aktionären und Aktionärinnen und begleitet die Machenschaften Deutscher Konzerne in Brasilien seit vielen Jahren.

16 Bayer, Monsanto und Pestizide in Brasilien
<https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/bayer-monsanto-und-pestizide-in-brasilien-1>

17 Mord an Marielle Franco: Manipulierte Kameras, Polizisten als Mörder, deutsche Mordwaffe
<https://favelawatchblog.com/2018/05/21/mord-an-marielle-franco-manipulierte-kameras-polizisten-als-morder-deutsche-mordwaffe>

Gewaltspirale: Der »Krieg« in unserer Mitte

von Igor Birindiba Batista

Brasilien ist definitiv kein monotones Land. Wann immer »wir« glauben, dass die »Nation« das Höllentief erreicht hat, siehe da, dann öffnet sich eine neue Falle und »wir« steigen à la »Descensus Christi ad inferos« ein wenig weiter in das höllische Feuer hinab. Die Gewalt als integraler Bestandteil unserer sozialen Beziehungen wird in Brasilien liebend gern vertuscht.

Die Enthauptungen, wie sie in den Gefängnissen von Manaus im vergangenen Jahr geschahen, wurden bereits vor Jahrhunderten auf den öffentlichen Plätzen des Kaiserreiches und der Republik – wie im Falle von Tiradentes (1792) und Zumbi (1695) – als Abschreckungsmechanismus wirkungsvoll inszeniert. Die Köpfe der berühmtesten Anführer der brasilianischen Cangaceiro-Bande (1908–1940) wurden beispielsweise zwischen 1938 und 1969 als »Kunstwerke« in einem Museum des »medizinischen Institutes Nina Rodrigues« ausgestellt. Abgeschnittene Köpfe sowie regelrecht niedergemetzelte, zum Teil bis zur Unkenntlichkeit entstellte Körper sind heute nicht nur praktizierte Terrorakte des »Islamischen Staates«, sondern auch Bilder, die in den Wochenschauen während der Gefängnisrebellionen 2017 in ganz Brasilien wiederholt wurden.

Brasilien ist eines der Länder mit den meisten Verkehrstoten der Welt. Allein im Jahr 2017 waren es 47.000 Menschen. Der »Straßenverkehrskrieg« als tragische Metapher verdeutlicht unmissverständlich das brasilianische Gewaltproblem: »ich« als historisches Subjekt nehme niemals an der Barbarei teil. Es sind immer die »Anderen«, die während der Fahrt auf das Smartphone schauen oder die bei Rot über die Kreuzung fahren. Die Vorstellung, dass »wir«, unsere Familien oder unsere Freunde die Unschuldigen inmitten eines »barbarischen Landes« sind, ist in meinem Geburtsland weit verbreitet. Der meist unverstandene Mythos vom »herzlichen Menschen« wurde letztendlich zum Mythos des »Bürgers der Güte und des Mitgefühls« umgewandelt. Dieses Bild eines festlichen Brasiliens »ohne Konflikte« und eines friedlichen, fröhlichen Volkes ohne Naturkatastrophen oder angestammten und völkermörderischen Hass wurde an mehrere Generationen weitergegeben, auch an meine eigene.

In den Geschichtsbüchern sowie im kollektiven »nationalen Narrativ« wird nach wie vor nur selten von den Begriffen »Bürgerkrieg« oder »Krieg« Gebrauch gemacht. Ersatzweise werden Wörter wie »Aufstand« oder »Revolution« als definitorischer Maßstab für kriegerische Auseinandersetzungen wie die »Farrapen-Revolution«, die zehn Jahre lang andauerte, bevorzugt. Bürgerkriege werden hingegen euphemistisch als »Verfassungsrevolution von 1932«, »Baiana-Verschwörung« oder »Aufstand der Chibata« bezeichnet. Der Begriff »Bürgerkrieg« erscheint »uns« sehr »übertrieben«, zu »gewalttätig« für ein solch »friedliches« Volk. Er ergibt erst dann einen Sinn, wenn er in Verbindung mit den historischen Ereignissen in den Nachbarländern – vor allem Argentinien und Kolumbien – gebracht wird. Gewalttätig sind schließlich immer die »Anderen«.

Die traurige Bilanz

Die Wunde der Gewalt hat in Brasilien einen solchen Grad der Demontage erreicht, dass es sich fast um ein typisches »Kriegsszenario« handelt. Brasilien – so interne und externe Beobachterinnen und Beobachter – befindet sich in einem nicht deklarierten »Bürgerkrieg«, in dem nicht nur Jugendliche, Schwarze und Arme, sondern auch Zivil- und Militärpolizisten Opfer der Gewalt werden.

Jedes Jahr werden in Brasilien etwa 60.000 Menschen getötet. Allein 2016 wurden nach Angaben des »brasilianischen Forums für öffentliche Sicherheit« 61.619 Morde verzeichnet. Das entspricht einer Rate von 29,9 Morden pro 100.000 Einwohner. Das Standardprofil dieser Opfer ist männlich (99,3 Prozent), jung (65,2 Prozent, zwischen 18 und 29 Jahre) und schwarz (76,2 Prozent). Der

Genozid der an den gesellschaftlichen Rand gedrängten Milieus Brasiliens – insbesondere der afrobrasilianischen Bevölkerung – ist nicht zu leugnen. In überfüllten Gefängnissen mit inhumanen Zuständen (726.712 Insassinnen und Insassen) sind sie Opfer und Täter zugleich. Daten aus dem »integrierten System für Strafvollzugsinformationen« (»Infopen«) belegen, dass 64 Prozent der Gefängnisinsassen Afrobrasilianerinnen und Afrobrasilianer sind. Das deutet auf eine mögliche rassistisch begründete strafrechtliche Selektivität der brasilianischen Justizbehörden. In den letzten Jahren haben auch andere Erhebungen auf diese »kriminelle Selektivität« hingewiesen. Im Jahr 2014 etwa konstatierte das »Institut für angewandte Wirtschaftsforschung« (»Ipea«) im Auftrag des Justizministeriums eine ungleiche Urteilspraxis der Strafjustiz bei kleineren Delikten. Demnach wurden weißen Brasilianerinnen und Brasilianer – bei ähnlichen Vorstrafen sowie annähernd gleichem sozioökonomischem Hintergrund – mehr alternative Strafen (z.B. Geldbuße oder Leistung von sozialer Arbeit) aufgehängt als Afrobrasilianerinnen oder Afrobrasilianer.

Nicht alles was zählt, ist in Zahlen erfassbar

Es ist also kaum verwunderlich, dass das Land zwischen 2001 und 2015 mehr Tote durch Gewalt als Syrien im gleichen Zeitraum verzeichnete. Zwischen 2001 und 2015 registrierte Brasilien durchschnittlich alle 10 Minuten ein neues Todesopfer (insgesamt 786.870). Das sind ungewöhnlich hohe Zahlen für ein Land, das sich offiziell nicht im »Krieg« befindet. Die Bundesstaaten mit den höchsten Mordraten waren – entgegen alarmierende Meldungen aus Rio de Janeiro und São Paulo – Sergipe (64 Todesfälle pro 100.000 Einwohner), Rio Grande do Norte (56,9 Todesfälle pro 100.000 Einwohner) und Pará (45,8 Todesfälle pro 100.000 Einwohner). Im Jahr 2016 wurden ebenfalls 437 zivile und militärische Polizeibeamte getötet – ein Anstieg um 17,5 Prozent. Zugleich stieg die Zahl der Todesopfer durch polizeiliche Gewalt im Jahr 2016 um 25,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das bedeutet, dass 4.224 Brasilianerinnen und Brasilianer bei polizeilichen Aktionen ums Leben kamen. Es sind Männer in Schwarz, die Schwarze töten. Auch die Zahl der Femizide hat in den letzten Jahren zugenommen. Alle zwei Stunden wurde in Brasilien eine Frau getötet, insgesamt 4.657. Im Jahr 2016 stieg die Zahl der Vergewaltigungen im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 Prozent auf 49.497 Fälle.

Diese Zahlen, die hier auf so kalte und didaktische Weise präsentiert werden, übersetzen nicht das, was sie tatsächlich repräsentieren: den Schmerz und das Leid tausender brasilianischen Familien. Die Todesfälle sowie Vergewaltigungszahlen werden in fataler Weise durch amtliche Studien sowie mediale Aufbereitung als reine quantitative Statistiken, als ferne Realität dargestellt. Wenn »wir« uns das aktuelle Bild der urbanen Gewalt anschauen, dann vergessen »wir« oft die Faktoren, die dazu geführt haben.

Gewalt als Phänomen des Strukturwandels

Kriminalität ist kein exklusives »Privileg« der großen städtischen Zentren des Landes, aber ihr Wachstum ist dort weitaus größer als in kleineren Städten. Aufgrund des beschleunigten Prozesses der Landflucht nahmen die brasilianischen Großstädte eine Vielzahl von Menschen auf. Dieser Prozess war nicht von städtischer Infrastruktur (Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Bildung) begleitet. Dies löste eine Reihe gravierender sozialer Probleme aus. In den brasilianischen Großstädten konzentrieren sich folglich die wichtigsten sozialen Probleme wie Arbeitslosigkeit und fehlendes öffentliches Gemeinwohl (Gesundheitsversorgung, Krankenhäuser, Schulen sowie Sicherheit). Solche Probleme sind ausschlaggebend für die Entstehung und Verbreitung der Marginalisierung und damit der Kriminalität. Diese Situation verdeutlicht unmissverständlich die sicherheitspolitische Ineffizienz des brasilianischen Staates. Diese »kriminelle« Ineffizienz begünstigt die Existenz des »organisierten Verbrechens« als bedrohliche Parallelmacht, die neben der Festlegung und Beherrschung von territorialen Grenzen auch Werte und Normen für bestimmte

kriminelle Gruppen definiert. Inmitten dieser Gewalt agiert die jetzige Regierung – genau wie vergangene Regierungen – oft im Sinne von Konfliktzündung statt Konfliktlösung.

Probleme, die Lösungen sind

Die Logik und die Normenvorstellungen der brasilianischen öffentlichen Sicherheit sind noch die gleichen wie die der Militärdiktatur. Die brasilianischen Militärpolizeien, die Teil der Lösung sein sollten, sind allzu oft Teil des Problems. Sie operieren weitgehend nach einer militärischen Logik und bekämpfen somit »gesellschaftliche Feinde«, anstatt einer Logik der öffentlichen Sicherheit und somit der bürgernahen Polizeiarbeit zu folgen. Trotz der in den letzten Jahren eingeleiteten Reformen gehört die Militärpolizei in weiten Teilen des Landes zu den gewalttätigsten und tödlichsten Polizeikräften der Welt. Die Kriminalisierung von Armut, die in Teilen der brasilianischen Bevölkerung tief verankert ist, verschärft diesen Effekt zusätzlich. Viele denken daher laut: »Nur ein toter Dieb ist ein guter Dieb.« In der Vorstellung der Polizistin oder des Polizisten tut sie oder er das Richtige. Allerdings haben auch sie mit niedrigen Löhnen, ungerechten Arbeitszeiten, Demütigungen und Schikanen durch Vorgesetzte sowie mit materieller Unterlegenheit zu kämpfen. Wie kann die Polizeibeamtin oder der Polizeibeamte eine qualitativ hochwertige öffentliche Sicherheitsdienstleistung erbringen, wenn ihre oder seine Rechte systematisch untergraben werden?

Auch die fehlende Kommunikation zwischen den einzelnen 27 Zivilpolizeien erschwert den »Kriminalitätskampf«. Circa 80 Prozent der Morde in den brasilianischen Bundesstaaten werden nicht von den Behörden aufgeklärt. Der intensive Informationsaustausch ist in diesem Kontext essentiell, um die kriminellen Dachorganisationen in Rio de Janeiro und São Paulo zu schwächen. Hierbei ist es notwendig, die weitverzweigte Logistik des Zugangs zu Drogen, Munition und Waffen zu bekämpfen. Die »Gewaltkultur«, die Gewissheit der Straffreiheit und die Gleichgültigkeit der Gesellschaft gegenüber der großen Zahl von Todesfällen gehören zu den zentralen Ursachen des brasilianischen Gewaltphänomens. Erschwerend kommt hinzu, dass das Ressort für »Infrastruktur und öffentliche Sicherheit« über keinen festen Haushalt – im Gegensatz zum Ressort »Gesundheit und Bildung« – verfügt und seine Mittel mit jedem Bundeshaushaltsplan erstreiten muss. Die fehlende Haushaltsgarantie verhindert Planungssicherheit und unterminiert die Kontinuität von Erfolgsrezepten. Es ist daher notwendig, einen föderalen Pakt im Bereich der öffentlichen Sicherheit zu schaffen, der Zuständigkeiten auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene neu festlegt und auch Muster und Formen der Finanzierung des Bereiches verbindlich bestimmt.

»Krieg« oder »Nicht-Krieg«?

Es gibt keinen Versuch des organisierten Verbrechens, die offizielle Macht zu ergreifen und den Alvorada-Palast zu stürmen. »Wir« können die Idee des »Krieges« nicht akzeptieren, auch wenn das gesamte Szenario (Kriegszahlen, Kriegswaffen) ein »Kriegsszenario« ist. Die Idee des Krieges erlaubt uns nicht, eine nachhaltige Politik der öffentlichen Sicherheit zu entwickeln. Es existiert eine »Angstindustrie« und sie ist vor allem im Südosten des Landes sehr effektiv. Es ist kein Zufall, dass Vertreter*innen der extremen Rechten in Brasilien aus südöstlichen Bundesstaaten wie Rio de Janeiro stammen. Angst und Intoleranz treffen hier aufeinander und sie bedingen einander. Auch die resonanzträchtige Präsidentschaftskandidatur des rechtskonservativen Politikers Jair Bolsonaro erklärt sich daraus. Das ständige »Gefühl« der Unsicherheit stellt schließlich einen der wesentlichen Treibstoffe der faschistischen Predigt dar.

Eine effiziente Politik der öffentlichen Sicherheit liefert keine unmittelbaren Ergebnisse, sondern zielt auf mittel- und langfristige Strategien. Das schließt eine öffentliche Debatte von Brasiliens Drogen- und Waffenpolitik mit ein. Das zugrundeliegende Problem besteht aktuell darin, dass »Sicherheitskrisen« die öffentliche Meinung in der Regel so mobilisiert, dass viele politische und

gesellschaftliche Akteure mit einer kurzfristigen, palliativen, medialen Logik argumentieren. Die Wurzel des »Gewaltproblems« liegt in der sozialen Verwundbarkeit von Konfliktgebieten, in denen die marginalisierte Bevölkerung im Allgemeinen keinen qualitativen Zugang zu grundlegenden und wesentlichen öffentlichen Dienstleistungen hat. Die »Kriegsdebatte« ist dennoch wichtig, weil sie Konsequenzen mit sich bringt. Das Ziel der öffentlichen Sicherheit Brasiliens kann nicht nur darin bestehen, einen Feind wie die landesweit agierende kriminelle Organisation »PCC« auszuschalten. »Wir« können nicht daran glauben, dass die Beseitigung eines Feindes das strukturelle Problem der öffentlichen Sicherheit Brasiliens beenden würde.

Seit der Ausrufung der Republik versucht das Land im Namen des »War on Drugs«, des Vaterlandes, der brasilianischen Kultur, der Familie und so weiter »gesellschaftliche Feinde« zu eliminieren. Als Instrumente diente die Kriminalisierung von Armen, Schwarzen, Indigenen und anderen. Effektiver als eine verfassungskonforme föderale Intervention auf der Grundlage der militärischen Besetzung von Konfliktgebieten wäre daher eine inklusive Sozialpolitik. Dieses neu politisch und sozial inkludierende Maßnahmenpaket müsste u.a. darauf abzielen, den qualitativen Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wasser und sanitärer Grundversorgung und Sozialhilfe zu fördern. Dies müsste ebenso mit der institutionellen Klärung der Landfrage einhergehen und so zur Umgestaltung der Realität der traditionellen Völker und Gemeinschaften beitragen, die unterdrückt und vertrieben werden.

Im Wahljahr 2018 findet diesen »Kampf« um ein besseres Brasilien auf der Straße und in den diversen gesellschaftlichen Foren statt und muss von allen ausgetragen werden. Entweder nehmen »wir« – jenseits der politisch-medialen Filterblase sowie der individuellen Betroffenheit – eine aktivere, politischere und rechenschaftsfordernde Haltung ein, oder wir werden weiterhin besiegt werden.